

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Einführung des Themas „Europäische Friedensordnung“ in den KSZE-Prozeß

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr an die Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte heranzutreten mit dem Ziel, eine Konferenz zur vertraglichen Fixierung einer „Europäischen Friedensordnung“ einzuberufen.

Bonn, den 29. September 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind in einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß eingetreten, der die Überwindung der Spaltung Europas in greifbare Nähe rückt. Dieser Prozeß beruht auf prekären innenpolitischen Balancen jener Staaten wie auch innerhalb des Warschauer Pakts als Ganzem. Das glückliche Gelingen dieses Prozesses ist in starkem Maße abhängig davon, daß er in allseitigem Konsens verläuft und seinen Ausdruck findet in Regelungen internationalen Rechts.

Die auch von Mitgliedern der Bundesregierung wieder aufgeworfene Debatte um die Oder-Neiße-Grenze, deutsch-nationale Reaktionen auf die Fluchtbewegung aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Hintergrund des Wiedervereinigungspostulats setzen die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland dem Vorwurf geheimer Revisionsabsichten aus. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich immer neu dem Verdacht aus, die Umbruchsituation in Osteuropa zur Verwirklichung revanchistischer und nationalistischer Ziele nutzen zu wollen und trägt damit dazu bei, daß der Umbruchsprozeß in Osteuropa auch von westlicher Seite gefährdet wird.

Es ist deshalb notwendig, im gesamteuropäischen Rahmen Fragen der zukünftigen Gestalt Europas zur Diskussion zu stellen. Die Bundesregierung muß ihre immer wieder betonte Bereitschaft, die deutsche Frage nur in Übereinstimmung mit den Nach-

barn zu regeln, endlich in konkrete Politik umsetzen. Die KSZE-Konferenz ist dafür das angemessene Forum.

Die Eröffnung eines solchen Diskussionsprozesses im KSZE-Rahmen soll einen Prozeß in Gang setzen helfen, an dessen Ende die Ablösung der bipolaren Struktur der Militärblöcke durch eine entmilitarisierte und demokratische Europäische Friedensordnung steht.